



## Presseinformation

Nr. 357/2011

Kiel, Freitag, 01. Juli 2011

Soziales/Pflegeausbildung

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

## Anita Klahn: Pflegepolitik ist ein Schwerpunkt der Regierungskoalition

In ihrer Rede zu **Top 18+24** (Mehr Zeit zur Pflege) sagt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die Regierungskoalition hat dafür gesorgt, die Anzahl der Ausbildungsplätze im Bereich der Pflege, trotz der katastrophalen Haushaltslage auf 1200 landesweit zu erhöhen.“ Das Land beteilige sich weiterhin vielfältig am Reformprozess der Pflegeausbildung auf Bundesebene. Ziel müsse eine stärkere Modularisierung und Optimierung der Ausbildung sein. Weiterhin werde die Altenpflegehilfeausbildung überarbeitet. Geplant sei, die Ausbildung für Berufserfahrene zu straffen und einen Seiteneinstieg zu ermöglichen, so Klahn.

Zu der Forderung, die Dokumentationsstandards in der Pflege zu senken, erklärt die FDP-Abgeordnete: „In den Jahren 2002 bis 2004 wurde durch das Sozialministerium ein Standard-Tagesplan entwickelt, der eine Halbierung des Dokumentationsaufwandes ergab. In den Folgejahren wurden die Pflegekräfte entsprechend geschult und es konnte durchschnittlich eine Reduktion des Dokumentationsaufwandes von zehn auf fünf Minuten erreicht werden. Fortschritte wurden also schon erzielt.“ Die Landesregierung habe damals wie heute dem Aspekt der Entbürokratisierung – auch im Pflegebereich – einen hohen Stellenwert eingeräumt. Und auch die FDP-Fraktion unterstütze den Anspruch der Entbürokratisierung bei gleichzeitiger Sicherstellung von transparenter und qualifizierter Pflege.

„Auch ich kenne die Kritik, dass das Personal mit Dokumentationen überlastet sei. Allerdings können wir wenig in die betriebsinternen Arbeitsabläufe einzelner Anbieter eingreifen, jedenfalls solange nicht, wie sie sich an Recht und Ordnung halten.“ Auf einer Fachtagung, wo die Bewertung des Dokumentationsaufwandes kontrovers diskutiert wurde, seien durchaus kritische Stimmen zu hören gewesen, die sagten, es sei eine Frage der Organisation. Die Betreiber hätten natürlich auch die Verantwortung, ihre eigenen Prozesse zu optimieren und müssen zugleich im Beschwerdefall nachweisen können, welche Leistungen erbracht würden, so Klahn abschließend.